

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Tagblatt. 1843-1937 1921**

210 (1.8.1921) Erstes Blatt

# Karlsruher Tagblatt

Badische Morgenzeitung

Mit der Wochenschrift „Die Pyramide“

Badische Morgenpost

Verantwortlich für den Inhalt: Hermann v. Sager für den württembergischen, badischen und lokalen Teil; Dr. Richard Bauer für die „Pyramide“; Karl Jobst für die „Morgenpost“; Dr. Richard Bauer für die „Morgenzeitung“; Druck und Verlag: C. S. Müller'sche Buchdruckerei, Karlsruhe, Berliner Redaktion: Dr. Richard Bauer, Berlin-Charlottenburg, Rosastraße 37, Telefon Zentrum 243; für unerlangte Manuskripte oder Druckfahnen übernimmt die Redaktion keine Verantwortung. Kündigung erfolgt, wenn Porto beigefügt ist.

118. Jahrg. Nr. 210.

Montag, den 1. August 1921

Erstes Blatt.

## Aus der deutschen Gegenliste.

Das deutsche Weißbuch über Oberschlesien.

Warschau, 9. Juni 1921.

Freiwillig erscheint Plebiszitärbeamter Georg M., geb. den 19. März 1899 zu Hannover, ev., ledig, wohnhaft in Paruchowitz, Kreis Rybnik, und gibt folgendes an:  
Im Mai war ich Zeuge aus einem Briefe heraus, wie die polnischen Insurgenten in Paruchowitz einen deutschen Arbeiter verhafteten und zur polnischen Kommandantur abführten. Nach ungefähr einer Stunde begab sich selbiger wiederum zum Wachtlokal der deutschen Weib. Dem deutschen Beamten wurde auf dem Rückwege von Insurgenten „Hall“ zugerufen, welchen Anruf er des Parks wegen überhören mußte. Da eröffneten die Insurgenten auf den Arbeiter das Feuer und wurde derselbe schwer verwundet und stürzte zusammen. Die Insurgenten stürzten sich auf den Wehrlosen, riefen ihm die Kleider ab und beraubten ihn. Nun traten sie ihn mit Füßen buchstäblich tot. Dann verdrängten sämtliche die Notdurft auf das Opfer. Da jener betäubte Vorfall sich auf offener Straße ereignet hat, sah ein Teil der Bevölkerung von den Fenstern aus zu. Die polnische Weib war von meinen Anwesen Zeuge und griff nicht ein. Fräulein Martha B. und Frau Sophie B. aus Paruchowitz, zurzeit in Ratibor, sind meine Zeugen. Weiteres habe ich nicht anzugeben.  
v. g. u. gez. Georg M.,  
g. w. v. gez. H., Oberwachmeister.

In das Knappschäftslokal Ruda-Nord wurde am 10. Juni der tschechische Staatsangehörige Viktor L. Grubenarbeiter, geb. am 15. Oktober 1898 in Bojow (Tschschlowat), jetzt wohnhaft in Ruda-Nord, aufgenommen.  
Es geht an, daß er nach seiner Gefangennahme durch die polnischen Insurgenten verprügelt worden sei, daß er zwei Fingerringe zu essen bekommen habe und hierauf gezwungen worden sei, Urin und Kot zu genießen. Alle Rückschlüsse der erlittenen Verletzungen waren noch zu sehen. Aufgegebene Hauptarbeiten im Bereich beider Gesichtshälften. Beide Gesichtshälften sowie die Rückenlinie beider Oberarme wiesen hochgradige Blutungen und dadurch bedingte Schwellungen der Weichteile auf. Eine einzelne Abgrenzung der Blutunterlaufenen Stellen war nicht möglich, da die Blutergüsse ineinander übergingen. Nach der hier aufgenommenen protokollarischen Vernehmung erfolgte die Mitbehandlung mit Gummiknappeln und Gewehrrollen.  
Es gab an, daß er in Wieschowa durch einen Polen festgenommen worden sei, der ihn zum Partisanenkommandeur führte. Weiterer verhöre ihn, ließ ihn dann Holz hacken und nach etwa 2 Stunden wieder zu sich kommen. Er schlug ihn dabei ins Gesicht, daß er blutete, dann forberte er ihn auf, die Blutstropfen, die auf L's Nade herabgefallen waren, abzulecken. Als er diese Tropfen mit der Hand abwischte, wurde er wieder geschlagen. Er wurde dann in die Ziegelei geführt und dorthin zweimal mit einer Zwischenpause von einer Minute mit je 30 Schlägen mißhandelt, die er selber zählen mußte. Auf die blutenden Stellen wurde Salz gestreut. Auf seine Bitte, ihm Wasser zu geben, wurden ihm Salzheringe, Urin und Menschenkot verabfolgt.  
Der Chirurgen des Knappschäftslokals:  
gez. Dr. B.

## Aud nach rechts — auch auf der Linken.

Unter den innenpolitischen Ereignissen der letzten Tage, in denen ja naturgemäß das Interesse vornehmlich auf die außenpolitischen Begebenheiten gerichtet war, spielt ohne Zweifel die große Abstimmung der Metallarbeiter zum Verbandstage des Deutschen Metallarbeiterverbandes die wichtigste Rolle. Es handelte sich hier um die rein politische Entscheidung eines Verbandes, der zahlenmäßig zu den größten deutschen Arbeiterverbänden gehört und dessen Mitglieder an Intelligenz und politischer Erziehung im Verhältnis zu anderen Arbeitergruppen auf hoher Stufe stehen. Es wurde deshalb in allen arbeitenden Kreisen seit geraumer Zeit mit Befremdung beobachtet, wie die kommunistische Partei alle Anstrengungen machte, um im Metallarbeiterverbande festen Fuß zu fassen, und wie diese Bemühungen von jählichem Erfolge begleitet waren. Am auffälligsten war die schnell erworbene kommunistische Vorherrschaft bei den Berliner Metallarbeitern. Die großen Maschinenfabriken und Metallwerke der Reichshauptstadt waren bald die Hochburg des mitteldeutschen Kommunismus, so wie das rheinisch-westfälische Industriegebiet zum Vorwerk des Bolschewismus im Westen wurde. Es ist darum doppelt interessant, daß analog der Niederlage, die die Kommunisten kürzlich bei den Betriebsratswahlen im westlichen Gebiet erlitten, die Metallarbeiterwahlen auch in Berlin den Kommunismus Anhänger der freien Gewerkschaften standen in Berlin nur 23 000 kommunistische Wähler gegenüber-

Dabei muß man, wie nochmals betont sein soll, bedenken, daß die R. P. D. ihre besten Agitationskräfte in der Berliner Metallarbeiterchaft angelegt hatte. Das Keimzellen-system war hier zu besonders kräftiger Blüte entwickelt, und auch mit den Mitteln des Terrors wurde nicht bei der Beeinflussung der Arbeiterchaft gespart. Ähnlich sind Vorbedingungen und Ergebnisse in den anderen großen Metallindustrieregionen. Die Ausnahmen, in denen die kommunistischen Listen die meisten Stimmen auf sich vereinigten, sind sehr wenig zahlreich. Ein interessantes Bild hat sich in Dresden ergeben. Dort herrscht in der kommunistischen Partei die „gemäßigte“ Richtung, d. h. diejenige, die in der Beurteilung des mitteldeutschen Aufstiehs mit dem Reichstagsabgeordneten Levi übereinstimmt. Sie hatten sich mit den Unabhängigen vereint und die Sozialdemokraten bekämpft. Nur auf diese Weise gelang es ihnen, die Mehrheit zu erlangen. Sonst standen überall die Kommunisten allein im

Wahlkampf gegen die Gewerkschaften. Sie hatten es mit Willen auf diese Wuchtprobe ankommen lassen wollen. Nur stehen sie vor der Tatsache, daß sie nicht nur nicht gewonnen, sondern sogar erheblich an Boden verloren haben.  
Es ist die zweite schwere Niederlage, die in diesem Jahre der deutsche Kommunismus und der kommunistische Gedanke überhaupt erlitten hat. Seit dem Zusammenbruch des mitteldeutschen Aufstiehs geht es bergab mit den Kommunisten. Dabei sind die nachträglich erhobenen Einwände der kommunistischen Presse gegen das Wahlsystem, das bei den Metallarbeiterwahlen gehandhabt wurde, völlig belanglos. Es ist eine amüsante Tatsache, daß in diesem proletarischen Kampf das reaktionäre Wahlsystem in Anwendung kam, das man sich überhaupt denken kann. Es dürfen nämlich in jedem Wahlbezirk nur diejenigen ihre Delegierten zum Verbandstag schicken, die die Majorität erreicht haben. Die Minorität bleibt in jedem Einzelfalle, und wenn

sie neunundvierzig Prozent erreicht, unberücksichtigt. Wäre nach dem — von der Revolution sonst überall eingeführten — Proportionalwahlsystem gewählt, so hätten die Kommunisten in dem wichtigsten Parlament der deutschen Arbeiterchaft immerhin 25 bis 30 Prozent der Sitze haben können. So aber bleiben sie in einer ganz hoffnungslosen Minderheit.  
Fragen wir uns, wie es gekommen sein mag, daß trotz des unablässigen Eifers, mit dem die deutschen und russischen Agenten des Bolschewismus in Deutschland arbeiten, und trotz der hohen Summen, die ständig aus Moskau herüberfließen, die R. P. D. sich diese neue schwere Niederlage holen konnte, so wird in erster Linie die Antwort dahin zu lauten haben, daß auch in der deutschen Arbeiterchaft eine erhebliche Kampfmüdigkeit, eine wachsende Abneigung gegen die unaufhörliche Verhöhnung plaggegriffen hat. Seit drei Jahren werden besonders in den Industriegebieten die Nerven des körperlich stark in Anspruch genommenen Arbeiters durch eine Agitation gereizt, die mit den stärksten Stimulanzien arbeitet und die bewußt jeden Augenblick der Ruhe und der Selbstbestimmung vermeidet. Es ist klar, daß die Reaktion auf ein solches System nicht ausbleiben kann, besonders wenn die übrige politische und wirtschaftliche Entwicklung der Agitation den so nötigen Boden der Unzufriedenheit entzieht. Die langsam einsetzende Abkehr der Arbeiterchaft und die bei den Metallarbeitermassen so deutlich in die Erscheinung tretende Tatsache, daß der deutsche Kommunismus seinen Höhepunkt überschritten hat, ist einesteils die Folge der Enttäuschung über die Fehlschläge aller bisherigen „proletarischen revolutionären Aktionen“, andernteils aber die unmittelbare Folge und der klarste Beweis der langsam beginnenden inneren Konsolidierung Deutschlands. Die Entwicklung des Radikalismus nach der Revolution ist bei uns immer der Gradmesser für die Temperatur des deutschen Volkstörpers gewesen. Noch ist sie nicht normal zu nennen, Vorgänge wie der hier erörterte sind die untrüglichen Anzeichen dafür, daß die Fieberkurve langsam, aber stetig fällt.

Es wird in der nächsten Zeit besonders interessant sein, zu beobachten, in welcher Weise die ungeheure Tragödie, die sich gegenwärtig in Rußland vollzieht, ihre Schatten auf Deutschland wirft. Man weiß, daß die Hungersnot im Innern Rußlands schon jetzt die Fundamente des Sowjetregimes erschüttern läßt. Gelingt es den Moskauer Machthabern nicht, für dieses Mal die fürchterliche Gefahr abzuwenden — und die Aussichten dafür sind ganz minimal — so müssen wir mit einer Veränderung der Staatsform in Rußland rechnen. Damit wäre der Propaganda des russischen Bolschewismus der Boden unter den Füßen entzogen, und mit dem russischen Sowjetismus hinge auch die Deutsche kommunistische Partei, die ja ohne die mächtige finanzielle Hilfe Moskaus nicht existieren kann, hilflos in der Luft. Der deutschen Regierung erwüchte allerdings dann die große Aufgabe, zu verhindern, daß die geistigen Träger des russischen Bolschewismus nach Deutschland abwandern!  
Dr. R. J.

## Drahtlicher Nachrichtendienst.

(Nachdruck nur mit genauer Quellenangabe gestattet.)

### Der gemeinsame Schritt der Alliierten.

3. Von unserer Berliner Redaktion wird uns geschrieben:

Nach achtstägigem erbittertem Kampf hat nun der Streit um die oberschlesische Truppenvertragsfrage mit einem klaren Erfolge des deutschen Gedankens geendet. Der gemeinsame Schritt der Alliierten in Berlin, der für heute oder morgen erwartet wird, ist kaum noch ein Kompromiß zu nennen, sogar die Savasnote, die ihn ankündigt, stellt bei näherer Betrachtung des Wortlautes einen Rückzug der Franzosen auf der ganzen Linie dar. Erstens ist der deutsche Standpunkt anerkannt, daß der Truppentransport nur in Gemeinschaft mit den Alliierten gefordert und durchgeführt werden dürfte. Zweitens wird von Deutschland gefordert, es möge sich für den Durchtransport von alliierten Truppen bereit halten. Wie stark dieses Savascommunique unter englischer Redaktion entstanden ist, beweist gerade dieser Ausdruck, der den französischen Rückzug so vollständig erzwingt, daß Frankreich sogar auf das Sonderrecht des Transportes nur französischer Truppen verzichten muß.

In Berliner politischen Kreisen ist man, obwohl hier zum ersten Male seit dem Kriege eine wohl für Deutschland nicht ungünstige diplomatische Lage durch deutsche Initiative geschaffen ist, weit davon entfernt, sich nun etwa in dieser Stimmung zu fühlen. Zwar ist es recht so, daß durch die Schaffung dieses Präzedenzalles das französische Streben nach Sonderaktionen, die sich eindeutig gegen Deutschland richten, eine eindeutige Niederlage erlitten hat. Doch sagt man sich mit Recht, daß es in der eigentlichen Entscheidung, die nun in den Tagen nach dem 8. August gefällt werden soll, kein Kompromiß zwischen Frankreich und England geben kann, so daß es hier noch einmal hart auf hart gehen wird, ohne daß Deutschland die Möglichkeit haben wird, zu eigenen Gunsten einzugreifen. Die französische Presse hat sich offenbar nur schwer bestimmen lassen, den Rückzug ihrer Regierung wenn auch nicht gut zu heißen, so doch wenigstens unangegriffen zu lassen. Die gestrigen Pariser Zeitungsstimmen lassen jedoch erkennen, daß bei der eigentlichen Entscheidung, in der Leistungsfrage, Frankreich mit größerer Hartnäckigkeit auf seinem Standpunkt beharren wird, der verlangt, daß der größte Teil des Industriebezirks an Polen fallen müsse.

### Die Entente-Konferenz am 8. August in Paris.

1. Paris, 1. Aug. Die französische Regierung gibt amtlich bekannt, daß entsprechend ihrem Vorschlag die englische Regierung beschlossen hat, den englischen Botschafter in Berlin aufzufordern, gemeinsam mit dem italienischen und französischen Botschafter eine Kollektivdemarche bei der deutschen Regierung zu unternehmen, in dem Sinne, daß der Wilhelmstraße mitgeteilt wird, sich bereit zu halten, um mit allen zu Gebote stehenden Mitteln den Truppentransport durch Deutschland, welchen die Lage in Oberschlesien zu dieser Zeit erforderlich mache, zu erleichtern. Die französische Regierung gibt ferner amtlich bekannt, daß die Entente-Konferenz am 8. August beginnen soll, also um 4 Tage verschoben ist, und zwar mit Rücksicht auf die italienischen Mitglieder, die in Folge des Parlamentseschlusses nicht früher kommen können. Lloyd George, so heißt es in dem amtlichen Communiqué weiter, wird an der Konferenz in Paris teilnehmen. Als Ort der Entente-Konferenz ist Paris bestimmt worden. Dieser Schritt soll erst heute stattfinden. Soweit die amtliche Mitteilung.

### Dauer der Entente-Konferenz acht Tage.

1. Paris, 1. August. Die Pariser Konferenz soll mindestens eine Woche in Anspruch nehmen und soll bis zum 15. August dauern. Bis jetzt gilt die oberste politische Frage als einziger Gegenstand der Verhandlungen.

### Verord in Paris.

1. Paris, 1. August. General Verord ist gestern, Sonntag Mittag, hier eingetroffen.

### Die Pariser Presse über das englisch-französische Kompromiß.

1. Paris, 1. August. Die Pariser Morgenpresse drückt sich mit Befriedigung über das Kompromiß aus, das zwischen England und Frankreich abgeschlossen wurde, nimmt es aber mit Zurückhaltung auf. „Welt Parisien“ schreibt, alle Welt wüßte, daß dieses Kompromiß der Vorbedingung eines noch vollkommeneren Einvernehmens sei. Gemäß dem Versailler Friedensvertrag handele es sich heute darum, nicht diese oder jene wirtschaftliche oder strategische Theorie in Betracht zu ziehen, sondern auf der Karte das zu beachten, was als der Wille der obersteleischen Bevölkerung durch die Volksabstimmung zum Ausdruck gekommen sei. Gewiß müßten die geographischen Erwägungen eine Rolle spielen, aber nur eine untergeordnete. Dennoch sei, wenn man sich entschieden an diese Wahrheit halte, es wahrscheinlich, daß die Verständigung auf einer Grundlage, ähnlich der, die Graf Sforza vorgeschlagen hat, möglichst erfüllt werden. Im „Echo de Paris“ schreibt Verinax, man könne nur sagen, daß man die Fassade gerettet habe, denn die Frage bleibt bestehen, welche Konsequenzen nach Oberschlesien geschickt und wann sie dorthin abgehen werden. Nach seiner Ansicht wird der Oberste Rat nicht nur das obersteleische Problem in seiner Gesamtheit erörtern, sondern viel allgemeiner die Haltung festlegen, die Deutschland gegenüber einzunehmen sei. Man werde alles tun, um die während des Krieges hergestellten engen Verbindungen zu retten, aber man werde die größten nationalen Interessen für sie opfern. Die letzte Auseinandersetzung habe in gewisser Beziehung gezeigt, daß man gezwungen sein könne, seine Zuflucht zu freien Entscheidungen zu nehmen. Der Augenblick sei gekommen, um die Opfer klar zu umschreiben, die man für die gemeinsame Sache vom französischen Entgegenkommen nicht verlangen könne.

### Die neuen Steuern.

(Eigener Drahtbericht.)

1. Berlin, 1. Aug. Zu der gestrigen Meldung von dem jetzigen Stand der Verhandlungen, die im Reichskabinett wegen der neuen Steuergeheimverträge, gepflögen werden, ist mitzuteilen, daß sich in der Tat im Reichskabinett eine klare Mehrheit gefunden hat, die den Plan des sozialdemokratischen Reichswirtschaftsministers Robert Schmidt als nicht durchführbar erkannt hat. Demgemäß ist bisher beschlossen, eine Vermögenszuwachssteuer, eine Zuwachssteuer aus Kriegsgewinnen und eine Umänderung des Umsatz- und Stempelabgabengesetzes dem Reichstage vorzuschlagen. Gegen diese Pläne, die die sozialdemokratischen Lieblingsgedanken der Verteilung des Reiches an den sog. Sachwerten anschließt, macht sich eine starke Opposition in den Reihen der Sozialdemokratie bemerkbar. Das amtliche Organ dieser Partei, die „Sozialistische Korrespondenz“, begleitet die diesbezüglichen Nachrichten mit folgenden Drohungen: „Ein solches Ergebnis der Beratungen würde uns außerordentlich bedauerlich erscheinen und würde wohl für die Haltung der Sozialdemokratie zu den Steuerplänen ernste Folgen haben.“

Da diese Drohung im Namen der sozialdemokratischen Partei, vielleicht auch im Namen der sozialdemokratischen Mitglieder des Reichstages ausgesprochen sein dürfte, so ist sie nicht leicht zu nehmen. Man muß daher den Zusammentritt des Reichstages, der im September über die Steuergeheimverträge beschließen soll, mit Besorgnis entgegensehen, da es vorläufig noch gar nicht abzusehen ist, daß sich bei einer sozialdemokratischen Opposition in der Regierungskoalition selbst das notwendige Fundament für die Geheime finden wird.

## Fahrt die Kräfte zusammen!

Von H. Barteld.

Ueber 2 1/2 Jahre liegt das hinter uns, was wir als Revolution zu bezeichnen pflegen, was man aber wohl zutreffender „Zusammenbruch“ nennt. Betrachten wir diese Zeit rückblickend, namentlich in Bezug auf das wirtschaftliche Leben, so kann man wohl von einem ersten inneren Gejundungsprozess sprechen. Gewiß drücken uns die durch den Feindesvertrag auferlegten Lasten und die Kriegsfolgen schwer und unser Wirtschaftsleben leidet ungenauer unter der Abschwächung Oberschlesiens und den Sanktionen im Westen. Der Maßstab immer ein schlechter Berater. Die durch das und nachsicht diktierten Maßnahmen Frankreichs bedeuten nicht nur eine Gefahr für die deutsche Wirtschaft, sie bedeuten auch eine Gefahr für die Wirtschaft Europas, ja der Welt; sie gefährden Frankreich, weil sie unsere Erfüllungsmöglichkeiten schwächen. Eine wirkliche Kluge, egoistische Politik müßte das politisch feige, aber wirtschaftlich schwache Frankreich veranlassen, uns Benehmenfreiheit und Entlastungsmöglichkeiten zu verschaffen, dann könnten wir erfüllen, dann hätte Frankreich Aussicht, von uns das zu bekommen, was es zum Wiederaufbau, zum Leben braucht.

Nach weiß natürlich, daß durch die förmlichen Maßnahmen Frankreichs unser wirtschaftliches Leben nicht das hervorbringt, was es könnte, daß durch das Fehlen obersteleischer Bodenfläche, namentlich der Kohle, sehr viele Werke stillliegen oder einen beschränkten Betrieb unterhalten und daß infolgedessen unendlich viel arbeitswillige Kräfte zum Feiern gezwungen sind. Betrachten wir aber unsere Eisenbahn, geben wir einmal durch unsere Fabriken und großen Betriebe, so sehen wir, wie überall wieder Ordnung und Pünktlichkeit und wie vor allen Dingen der Arbeitswille sich in steigender Nähe bemerkbar machen. Es wächst die Erkenntnis für die wirtschaftlichen Potenzen

Anzeigen:  
Die 9. Aufl. Romanzeitschrift oder deren Raum a) total 1.40 M. b) auswärts 1.60 M. Reklamzettel 5.- M. an erster Stelle 5.50 M. Rest nach Tarif. Anzeigen-Annahme bis 12 Uhr mittags. Kleinere Anzeigen höchstens bis 4 Uhr nachmittags.  
Fernsprechanstalt:  
Geschäftsstelle Nr. 209, Berlin Nr. 21 n. 207.  
Schriftleitung 20 n. 894.  
Schriftführer Nr. 15.

setzen. Wenn auch vielfach die Arbeitsbeschäftigung fehlt, so ist doch der Wille zur Arbeit vorhanden — darin liegt die Befundung. Die Erkenntnis der Notwendigkeiten fördert das Verständnis für wirtschaftlich erforderliche Maßnahmen und drängt unverantwortliche Agitation zurück. Die Entwicklung aber macht Arbeiter und Arbeitnehmern klar, daß sie aufeinander angewiesen sind. Hierdurch werden wir zwar nicht zum vollen wirtschaftlichen Frieden kommen, wohl aber zu einem größeren Selbstbewußtsein — und das ist es, was wir brauchen.

Wir brauchen es aber nicht nur im wirtschaftlichen Leben, wir brauchen es vor allen Dingen auch im politischen Leben, wenn wir an die übermenschlich schweren Aufgaben denken, die uns bevorstehen und von deren Lösung Sein oder Nichtsein von Reich, Staat und Volk abhängen kann. Auch hier gilt es, die Agitation auszuschalten und zur Sachlichkeit zu kommen. Es ist keine nationale Politik, wenn man versucht, an den im Herbst den Parlamenten zugehenden Regierungsvorträgen, die das deutsche Volk schwer belasten werden, seine Parteifarbe zu fuchen, wenn man glaubt, hier noch mit der Parteifarbe und mit Parteibogen auskommen zu können. Parteien sind im parlamentarisch regierten Staat eine Notwendigkeit. Sie sollen aber nicht Selbstzweck sein. Wichtiger als Sein oder Nichtsein bestimmter Parteien ist das Allgemeinwohl. Der Parlamentarismus ist bei uns noch jung, er hat sich noch nicht eingebürgert. Soll er, und das ist eine Notwendigkeit (und im Rahmen des Parlamentarismus wird sich unser politisches Leben abspielen, oder wir werden uns bis zur völligen Ohnmacht zerstückeln), so schreibt treffend der vormalige Reichsminister Dr. von Camppe, so müssen wir eine Anzahl politischer Gruppierungen abschütteln, müssen wir zur größeren Reife kommen. Wenn sich hierbei die Parteiengrenzen verschärfen, wenn Parteienformen zerbrechen und wir zur größeren einheitlichen Linie auch im Parteileben kommen, so ist das sicher kein Schaden.

Die Erkenntnis für politische Möglichkeiten und tatsächliche Notwendigkeiten scheint erstenscheinweise zu wachsen. Der schon genannte Abgeordnete Dr. von Camppe schreibt weiter folgende beherzigtenswerte Worte:

„Demokratie wird die Grundlage unseres Staates sein — oder wir werden nicht mehr sein.“

„Eine Politik „die bürgerlich, die sozialistisch“ wäre vom Uebel. Sie bedeutete Klassenkampf, innere Zerfleischung, vielleicht mehr noch. Wir können keine Kraft entfesseln, die aufbauen will. Wer die ehrliche Mitarbeit der Sozialdemokratie ablehnt, lebt nicht in der neuen Zeit.“

Diese Sätze können gar nicht genug wiederholt werden. Möchte die Erkenntnis und die Duldsamkeit, die aus ihnen spricht, Gemeingut der deutschen Bevölkerung werden. Sätten diese Gedanken schon früher bei den Fraktionsparteien Eingang gefunden, dann wäre manche Regierungsbildung leichter gewesen, hätten wir längst die nach demokratischen Grundrissen erforderliche feste und tragfähige Regierung im Reich wie in Preußen.

Das wäre natürlich mandem nur parteipolitisch Denkenden unangenehm. Es ist aber bedauerlich, wenn der Fraktionsredner der Sozialdemokratie im preussischen Landtag, der Abgeordnete Heilmann, glaubte, das Bekenntnis des Herrn Dr. von Camppe als Fensterheibe anziehen zu sollen, die man unbedingt zerbrechen müsse. Ich halte es auch für völlig abwegig, jetzt zu unteruchen, ob Herr von Camppe nicht früher anders geurteilt hat. Zugegeben, er habe noch vor nicht so langer Zeit, wo er noch kritisch von der Reichsregierung aus das politische Geschehen beobachtet, anderes gesagt und geschrieben, so sollte man sich doch freuen, wenn er jetzt in der verantwortlichen Mitarbeit im Parlament zu der aus seinen Worten sprechenden Ansicht gekommen ist und wenn er den Mut findet, das klare Bekenntnis zum demokratischen Staat und zum Parlamentarismus abzulegen. In nördlichen, rückständigen Betrachtungen haben wir genug, Schuldfragen zu prüfen nicht uns gar nichts; wir sollten endlich die Kritik in den Hintergrund drängen und zu aufbauender, vorwärtstreibender Arbeit kommen.

Heilmann und seine radikalen Genossen können sich rühmen, eine Verständigung bei der Regierungsbildung in Preußen mit hintertrieben zu haben. Sie haben deswegen scharfe Kritik im eigenen Lager gefunden. Von „doktrinärer Verranntheit unserer Landtagsfraktion“ schrieb damals der „Volkswille“ in Hannover. Die Urteile von Kossé, Reinert, André, Meerfeld, August Müller waren wenig schmeichelhaft. Diese Mißstimmung gegen die radikale Richtung scheint im Westen zu sein. Es ist gewiß beachtlich, wenn der sicher nicht revolutionäre, sondern verständigere frühere Ministerpräsident Braun auf dem Rheinischen Parteitag der Sozialdemokratie folgendes ausführte:

„Bei Besprechung der Frage eines Zusammengehens mit der Deutschen Volkspartei ist notwendig festzustellen, daß es sich ja gar nicht um ein Zusammengehen mit der Volkspartei handelt, sondern nur um ein Mitregieren. Ich halte es für verfehlt zu sagen, daß ein derartiges Regieren mit ein paar völksparteilichen Ministern im Kabinett Sprengpulver für unsere Partei bedeutet. Unsere Partei ist viel zu stark organisiert und politisch angeleitet, um sich heute von Gefühlsmomenten in einer solchen wichtigen Frage hinreißen zu lassen.“

Wenn wir an die Zukunftsaufgaben denken, so erscheinen sowohl die Auslassungen von Camppe wie die von Braun äußerst wertvoll. Man möchte nur wünschen, daß diese Gedanken in der parlamentarischen Sommerzeit in beiden Lagern an Boden gewinnen und daß man bis zum Herbst ganz allgemein zu der klaren Erkenntnis kommt, daß uns trotz aller Parteigründnisse und über alle Parteiengrenzen hinweg zunächst eines bitter tut: die Zusammenfassung aller vorwärtstreibenden Kräfte.

### Elßaß-Lothringen und die Autonomie.

Von einem Alt-Elßässer wird uns geschrieben:

Nach neuerlichen Mitteilungen soll in Elßaß-Lothringen das Übergangsregime in aller nächster Zeit ganz abgebaut werden, so daß das ehemalige Reichsland, vollständig in das „Mutterland“ eingegliedert. Es wird dann endgültig nur noch die 3 Departements Haut-Rhin, Bas-Rhin und Moselle geben. Die Namen Elßaß und Lothringen werden der Vergangenheit angehören und nur noch in den Erinnerungen solcher Leute bestehen, die sich mit diesem Zustande nicht abgefunden haben werden. Mit Freude kann ich sagen, daß der weitaus größte Teil des elßassischen Volkes mit der Aufgabe seiner sogenannten „Selbständigkeit“, die eigentlich doch nur noch formell existierte, nicht so ohne weiteres einverstanden ist. Denn man weiß genau, daß es in diesem Falle mit der Pflege der elßassischen Eigenart, und vor allem der Sprache, behördenmäßig sehr schlecht bestellt sein wird. Die Präzedenz von Straßburg, Colmar und Metz werden immer Franzosen sein, die für elßass-Lothringische Eigenarten nicht das nötige Verständnis haben oder haben wollen oder dürfen.

Bzüglich der Autonomie, die die Franzosen den Elßässern und Lothringern immer so feierlich versprochen haben, jagte kürzlich ein Regierungsmitglied, daß der Gedanke einer solchen für Elßaß-Lothringen nur als Waffe gegen Deutschland benutzt wurde, und daß es in Frankreich keine selbständigen Staaten geben könne. Kann es da einen besseren Beweis für die Verlogenheit und Doppelzüngigkeit der französischen Politik geben? Die Eigenart Elßaß-Lothringens, die es sich in Jahrhunderte langer Fremdherrschaft erhalten konnte, ist aufs Neue bedroht, und es wird sich nicht ohne erbitterten Kampf hinführen lassen. Es wird den Franzosen zeigen, daß der Ausdruck „letres carrées“ (Quadratstempel), mit dem sie die Elßässer zu beehren bestreben, bevor das Wort „Boche“ erfunden wurde, auch heute noch auf sie angewendet werden kann. Die Pariser Presse, insbesondere das „Journal“, das sich mit besonderer Vorliebe für elßass-Lothringische Verhältnisse interessiert, wird Gelegenheit zu neuer Debatte gegen das ehemalige Reichsland finden und die Regierung zu unliebsamen Maßnahmen veranlassen.

Es ist nun die Frage zu stellen: Wie muß sich Deutschland und das deutsche Volk dem gegenüber verhalten? Deutschland als Staat kommt wohl weniger in Frage, da die deutsche Regierung zunächst andere Aufgaben zu erfüllen hat. Aber das deutsche Volk kann hier mithelfen. Im ganzen Volke muß vor allem die Tatsache verbreitet werden, daß jenseits des Rheines ein deutscher Volksstamm um seine Eigenart und diese ist sein Deutschtum, gegen die Verwelschung ringt. Mag mancher infolge der Vorgänge von 1918 an einzelne Elßässer und Lothringer schlechte Erinnerungen haben, er muß sie vergessen, denn die Fehler liegen auf beiden Seiten. Das elßassische Volk wurde auch von den Deutschen viel verkannt und vor allem durch die Franzosen verhetzt. Gegen diese Debatte hat die deutsche Regierung nicht nur nichts unternommen, sondern — sicherlich gegen ihren Willen — sie passiv gefördert. Man denke an die Abgeordneten Beller, Preis, Weil u. a., gegen die die Regierung hätte sofort einschreiten sollen. Als in den Kriegsjahren sich die Folgen der Verhetzung und der Schlafmüdigkeit der deutschen Regierung drastisch zeigten, griff die Militärbehörde ein, schuf aber damit nur neues Unheil.

Auch bezüglich der Selbständigkeit Elßaß-Lothringens wurde eine verkehrte Politik betrieben. Instatt den Franzosen die Waffe aus der Hand zu nehmen, indem man dem elßass-Lothringischen Volke die volle Selbständigkeit gab, hat man im Jahre 1911 nur eine zeitweilige Selbständigkeit zusammengebracht. Damals oder vielmehr schon viel früher hätte man die Autonomie geben müssen und manches Unheil wäre vermieden worden.

Die Lehre, die wir aus dem neuerlichen Vorgehen der französischen Verwaltung ziehen müssen, ist vor allem die, daß der Gedanke der Autonomie für Elßaß-Lothringen vom ganzen deutschen Volke erfüllt werden muß, nicht nur als Waffe gegen Frankreich, sondern als festes Ziel. Wenn das Elßaß je an Deutschland zurückfiele, so könnte sein Eintritt in das Deutsche Reich nur als selbständiger Bundesstaat erfolgen. Bis dahin muß im Volke der Gedanke an die um ihr Deutschtum ringende Westmark hochgehalten und von der „Waffe der Autonomie“ ausgiebig Gebrauch gemacht werden. Das Elßaß muß in diesem geistigen und überzeitlichen Betrachter unterteilt werden. Natürlich dürfen wir jene Elßässer und Lothringer auch praktisch nicht vergessen, die ihrem Deutschtum zuliebe ihre Heimat verlassen mußten oder noch verlassen müssen und die nicht mehr in dieselbe zurückkehren dürfen, solange der Rhein teilweise die Grenze zwischen Deutschland und Frankreich bildet. Das deutsche Volk muß frühere Kommissionen auf beiden Seiten vergessen und mehr Interesse für die für Deutschland so wichtige Frage zeigen.

Denken wir dabei an das Wort unseres elßassischen Dichters Friedrich Wendler, dem ebenfalls seine Heimat verflohen ist:  
„O Deutschland, finde die Seele, die aus der Welt verschwand,  
Dann kehrt mein Elßaß heim zum erstarrten Vaterland!“

händlich machen. Die Schüler der Mittelstufe können eine Unterhaltung pflegen, und mit Hilfe eines Wörterbuchs die modernen französischen Werke lesen, während die Personen, welche die im April beendeten Kurse der Oberstufe besucht haben, sogar in der Lage sind, künftige die Feinheiten der französischen Sprache zu begreifen und die Werke der großen Schriftsteller aus dem Jahrhundert Ludwig des 14. zu analysieren.

Ich gratuliere Ihnen zu diesen glücklichen Erfolgen, Sie machen Ihnen Ehre. Sie haben es verstanden, wie nützlich die Kenntnis der französischen Sprache ist, sowohl in Beziehung des Intellektuellen als auch vom industriellen geschäftlichen Standpunkt.

Da schließlich diese französische Sprache, so nützlich für Sie als Pfälzer, unentgeltlich unterrichtet wird: gratis pro Deo wie wir scherzhaft sagen im Latein, so wäre dieses doch ein Beweis von großer Gleichgültigkeit und sogar Vernachlässigung Ihrer eigenen Interessen, als nicht diese Gelegenheit zu benützen, denn bei diesen Zeiten der teuren Lebensweise, welche wir durchmachen, sind die guten unentgeltlichen Sachen meines Wissens nicht zahlreich. . . .

Ich glaube, Sie denken im Allgemeinen so wie ich eben sagte; aber an Ihnen ist es, die Lust zum Erlernen der französischen Sprache in Ihrer Umgebung zu verbreiten; indem Sie dieses tun, leisten Sie Ihren Landsleuten einen Dienst.

Ich bin glücklich, Ihnen heute verschiedene interessante Preise verteilen zu können, welche der hohe Herr Kommissar der Französischen Republik der Rheinlande gerne zu meiner Verfügung gestellt hat, um Ihre Anstrengung zu belohnen.

Jeder wird etwas erhalten, wie Sie schließlich sehen werden. Im übrigen diejenigen Personen unter Ihnen, welche während der Ferienzeit zum Studium lehrreicher Bücher wünschen, brauchen dieselben nur zu verlangen, und ich rate Ihnen, es zu tun.

Ich hoffe, daß Sie bei Wiederbeginn der Kurse im nächsten Oktober Sie alle wieder erkennen werden und zu gleicher Zeit auch neue Schüler mitbringen.

Einstweilen wünsche ich Ihnen angenehme und gute Ferien.

### Ungelöste Aufgaben.

Bei seinem Auseingehen in die Sommerferien hat sich der Reichstag für die Herbsttagung eine Erbschaft hinterlassen, die sicherlich noch manchen Jam und Streit hervorgerufen wird. Das pflegt zwar bei allen Erbschaften zu geschehen. Bei dieser parlamentarischen Hinterlassenschaft ist aber doch ein kleiner Unterschied zu bemerken. Der Streit wird weniger darüber entstehen, was der einzelne nehmen soll, als vielmehr darüber, was er nicht haben will. Die Aussicht ist in der Tat nicht rosig. Wenn man die ernsthafte Finanzkrise des Steuerproblems bis zum Herbst hinausgeschoben hat, so liegt der Grund dafür in erster Linie wohl kaum in der Unfertigkeit der Entwürfe. Das Reichsfinanzministerium hat offenbar schon eine ganz ansehnliche Zahl von Vorlagen fertig in der Schublade liegen. Indessen, von der Schublade bis zur endgültigen Verabschiedung ist ein weiter Weg. Und dieser Weg ist im vorliegenden Falle deshalb besonders schwierig und reich an Hindernissen, weil in wesentlichen Steuerfragen eine fibere Mehrheit noch nicht gewonnen ist, im Kabinett nicht und noch viel weniger unter den Koalitionsparteien. Deshalb hat man im Reichstag zunächst einmal Schluss gemacht und die Steuerfragen auf den Herbst verschoben. Aber Zauberkunde werden das unzeitige Werk, das der Reichstag sich für den Herbst hinterlassen hat, bis dahin nicht unter Dach und Fach bringen. Deshalb steht man gerade in den Kreisen der Regierungsparteien den Auseinandergeraten, die im September und Oktober kommen müssen, mit schwerem Herzen entgegen. Man fürchtet, daß es dann im Gebälk krauchen wird. Und gar so sicher ist der Grund ja nicht, auf dem die Regierung ihr Haus gebaut hat.

Schon heute steht man deutlich den Gegenfakt zwischen zwei Lagern, der sich zweifellos im Laufe der nächsten Wochen und Monate weiter

### Französische Propaganda im besetzten Gebiet.

Meine Damen und jungen Schüler!  
Ich habe die Genugtuung festgestellt, daß Sie alle mit Umsicht die französischen Sprachunterrichtsstufen der verschiedenen Stufen, welche jetzt beendet wurden, besucht, und auch große Fortschritte gemacht haben.

Viele unter Ihnen, welche bei Beginn des Schuljahres kein anderes französisches Wort verstanden wie „bonjour“ und auch dieses noch schlecht aussprachen, können sich jetzt im Französischen ver-

\* Aus Anlaß einer Preisverteilung für gute Leistungen im französischen Sprachunterricht hat ein Delegierter der sogenannten Großen Kommission, Major Botin, an die deutschen Schüler in Kirchheimbolanden am 18. Juli folgende Ansprache gehalten, deren Wortlaut aus einem Leser freundlichst zur Verfügung gestellt wurde.

### O du Glück!

Im Gebüsch dort ist Gold!  
Und dort Silber im Gezweige!  
Himmel blau in Saphir hold —  
Dort der Rose Samtroineige —  
— Gottesliebe, Gottesgabe — —  
O du Glück! Glück, das ich habe!

Eugen Lehmann (Karlsruhe).

### Kammermusik in Donaueschingen.

Das von der Gesellschaft der Musikfreunde zu Donaueschingen zur Förderung zeitgenössischer Tonkunst veranstaltete Kammermusikfest hat in der musikalischen Welt deshalb besonderes Interesse gefunden, weil das mutige Eintreten für neue Werke und Werte eine bahnbrechende Tat bedeutet und der kleinen Schwarzwalddorfsstadt zu ganz besonderem Ruhm gereicht. Hätte freilich der künftige Herr von Fürstberg wie schon oft bei ähnlichen Anlässen nicht das Protektorat über die Veranstaltung übernommen und finanziell in klarem Bewußtsein der kulturellen Bedeutung die Durchführung gesichert, so wäre das Fest kaum zustande gekommen. Welche Bedeutung man übrigens dieser durch opferwillige, zähe Vorarbeit erreichten produktiven Pflege der neuen und neuesten Kunst in Musikerkreisen beimißt, zeigt wohl am besten die Anwesenheit von Richard Strauß, der von Garmisch herübergefahren ist, um als prägnanteste Persönlichkeit der jetzigen Generation dem ersten der Donaueschingener Kammermusikfeste, das ja auch unter seinem Ehrenvorstand stattfindet, das nötige Relief zu geben.

Nicht im weitgespannten Rahmen, wie es wohl an einer der deutschen großstädtischen Musikzentren möglich gewesen wäre, sondern in einem dreifachen Ausmaß, das voll und ganz genügt, wenn es gilt, problematische und kapriziöse Werke anzuhören und aufzunehmen, begann am Sonntag morgen bei zahlreicher Anwesenheit einer aus bekannten Fachmusikern zusammengesetzten Jubelchöre, durch die einheimische Kammergilde verständnisvoll unterstützt, das erste Konzert, in dem Alois Hába, Wilhelm Grosz und Ernst Krenek zu Worte kamen, also drei Deckerreicher, die überhaupt gegenüber den reichsdeutschen Komponisten auf dem Programm dominieren. Daß alle drei Strecker Schüler sind, zeigt den eminenten Einfluß, der heute schon direkt von diesem Meister ausgeht. Was schöpferische Größe angeht, steht Alois Hába Werk weit über den beiden andern. Denn dieses Streichquartett Op. 4 beweist seine Lebensfähigkeit traglos durch scharf gefasste Originalität bei gleichzeitig klarer gefärbter Tonprache. Die elementarsten Themen sind besonders im 1. und 3. Satz Allegro und Thema mit Variationen) sehr geistvoll erfunden und durchgeführt, die anderen Umrisse der Struktur sicher gestaltet, so daß man, ohne das Werk zu überschätzen, doch die liebevolle Begleitung teilen kann, die es sofort auslöst. Auch Ernst Krenek's Serenade für Violine, Klarinette, Fiedel und Violoncello in 2 Sätzen begegnet starkem Interesse, zumal Krenek in diesem 1919 geschaffenen Werk noch nicht den Schritt zur Abstraktion so bewußt gemacht hat, wie in dem jüngsten Quartett, das auf dem Münchener Tonkünstlerfest zu großes Aufsehen und auch Widerpruch erregte. Er muß hier im Gegenteil recht herabhaft, fast romantisch empfindsam im Impromptu-Charakter. Weniger fesselte die langatmigen Symphonischen Variationen des jetzt in Mannheim tätigen Wilhelm Grosz, die in Kontrast und Anlage

merklich hinter den beiden anderen Werken zurückbleiben, allerdings die Klangmalereien des Klaviers voll ausnutzen und ausbeuten. Der Beifall galt mehr dem genialen Pianisten Grosz als seiner Komposition.

### Kleines Feuilleton.

Balfour als Philosoph. Arthur James Balfour, der soeben verlebte englische Staatsmann, wird vielleicht als Philosoph länger fortleben denn als Politiker. Er selbst nannte sich einen „Politiker aus Zwang“ und einen „Träumer von Natur“, und der Träumer ist ja dem Denker nahe verwandt. Nur durch das Drängen seines Onkels, des berühmten Staatsmannes Lord Salisbury, ließ er sich dazu überreden, in die dornenvolle politische Laufbahn einzutreten, und es wird uns z. B. berichtet, daß er bei seinem Berliner Aufenthalt, da er Beaconsfield 1878 als Sekretär zum Königreich begleitete, sich viel mehr um die Kunstschätze und Bibliotheken der deutschen Hauptstadt kümmerte, als um die Diplomatie. Ein rätselhafter Mensch ist „Arthur“, wie ihn der britische Volkswort schlechthin nannte, bis zu seinem Tode geblieben: der „Mann des Geheimnisses“, wie ebenfalls einer seiner Beinamen lautete. Ueberhaupt liegt in den Epitheten, die ihm die in dieser Hinsicht erfinderischen Engländer verleiht, schon viel von der Komplexität seiner Natur. Er hatte stets etwas Frauenhaftes, Partes, Zurückhaltendes, und so nannte man ihn denn, als er in der Defensivität hervortrat, „Miss Balfour“ oder auch „Nanny“ oder „Klara“. Nachdem er aber als Sekretär für Irland eine außerordentliche Energie entwickelt und ein Schreckensregiment auf der grünen Insel ausgerichtet hatte, hieß er der „blutige Balfour“. Dieser Junggeheule, der von seiner Mutter erzogen wurde und mit ihr und seiner Schwester

im innigen Einvernehmen lebte, war kein Mann der harten Wirklichkeit. Wenn er von dem politischen Getriebe müde war, phantasierte er auf dem Klavier oder spielte auf der Geige schwermütige Weisen. Der Dana zum Träumen und Grübeln ist wohl mit Recht auf seine schottische Abkunft zurückzuführen worden; mit ihm verband sich eine scharfe Logik und geistvolle Dialektik und durch diese Mischung zu Balfour zu einem bedeutenden Philosophen geworden, der besonders gegen Ende des 19. Jahrhunderts mit seinen Schriften großes Aufsehen erregte. Vereits in seinen ersten Werken, der „Religion der Humanität“ und der „Verteidigung des Zweifels in der Philosophie“, zeigt Balfour neben eindringlicher Geistesstärke die Begabung, schwierige philosophische Probleme gemeinverständlich zu erläutern, und diese Fähigkeit zeichnet auch sein philosophisches Hauptwerk, die zuerst 1895 erschienenen „Grundlagen des Glaubens“, aus. In den ästhetischen Betrachtungen verrät der Staatsmann hier ein feines künstlerisches Verständnis und laßt besonders treffende Worte über unser Musikleben und die musikalische Bildung des englischen Volkes. Der Grundgedanke seiner Philosophie aber ist eine geistvolle Kritik der naturwissenschaftlichen Weltanschauung. So erlief am Ende des Jahrhunderts Balfour ein rücksichtsloser Kritiker des Materialismus und Diktatorismus. Sein Hauptwerk besitzt gerade heute, wo man die Schwärze des vergangenen Zeitalters mit voller Klarheit sieht, eine gewisse Aktualität, denn es ist ein Zeugnis für die starke antiintellektualistische und wissenschaftsfeindliche Strömung, die sich um das Jahrhundertende abgabte, und die bis auf heute zu einer mehr künstlerischen, weniger verstandesmäßigen Gestaltung des Daseins in der Welt Balfour getragen von einer ungewöhnlichen Selbständigkeit des Denkens und Gründlichkeit der Kenntnisse.

Verhärten wird. Die Agitation der Sozialdemokraten — sie ist ganz deutlich auf baldige Reichstagsneuwahlen eingestellt — lebt schon so fest an dem Schlagwort vom Goldwert, daß sie sich nicht wieder davon losmachen kann. Die sozialistische Korrespondenz nimmt scharf gegen die Wirtschaftliche Rede Stellung, weil sie darin ein klares Bekenntnis zur Verteuerung der Goldwerte vermist und sie bemerkt im Anschluß daran die Wahlsparole: „Die Proletariat, die Befreiung von Goldwerten“ können leicht zu einer nachweisbaren Notwendigkeit werden. Aehnlich äußerte sich auch der „Vorwärts“. Er vertritt als unabdingbare sozialdemokratische Forderung die Beteiligung des Reiches am Verkauf und Ertrag von Goldwerten und spricht die Befürchtung aus, die Verteuerung des Reichsnotopfers, von der Herr Dr. Wirth gesprochen habe, solle nachherweise dazu dienen, den Gedanken der Goldwerte zu erstickten. Nun tritt aber gerade die „Germania“ in einem Artikel „von besonderer Seite“ für diese Verteuerung des Reichsnotopfers sehr entschieden ein, mit dem Bemerkten, diese Frage dürfe nicht Gegenstand einer verhetzenden Propaganda sein. Das geht deutlich an die Adresse der lieben Regierungsgenossen. So gruppieren sich heute schon die Regierungsvereine in der Frage der kommenden neuen Besteuerung ganz deutlich in zwei Lager. Die Sozialdemokraten wollen die Beteiligung des Reiches an den sogenannten Goldwerten, dem Zentrum und den Demokraten aber widerstrebt dieser folgenschwere Schritt in das Land der sozialistischen Experimente. Herr Dr. Wirth hat diese Korn- und Kapitalfrage der kommenden Steuererhebung noch offen gelassen. Im Herbst aber werden die Geister aneinanderplatzen. Und dann wird das Regierungsgebäude in allen Fugen krachen. Daß die Sozialdemokraten denn die Wirth haben, aus der Steuerparole eine Wahlsparole zu machen, unterliegt keinem Zweifel. Deshalb gilt das, was die sozialistische Korrespondenz sagt, für jede Partei: Wirth sein ist alles.

Aus Baden.

**Wiesloch, 30. Juli.** Der Ausbau der hiesigen Realschule durch Angliederung einer sechsten Klasse (Obersekunda) ist vom Schulsausschuß des Landtags unter der Bedingung genehmigt worden, daß die Gemeinde den persönlichen Aufwand übernimmt.

**Wiesloch, 30. Juli.** Der Gemeinderat beschloß, um eine gleichmäßige, möglichst rationelle Wasserversorgung betreiben zu können, die Instandhaltung von 15 Röhren, die im ganzen Ort verlegt sind. Die Sollmenge der Getreideablieferung wurde für den einzelnen Erzeuger festgesetzt. Als neue Gebühren bei Schulverräumungen werden Strafen von 2-5 Mark gefordert. Außerdem wurde der Verkauf des zum Bau von Kleinwohnungen notwendigen Grundstückes im Umfang von 10 Ar und zu einem Preis von 4-5 Mark pro Quadratmeter beschlossen.

**Wiesloch, 30. Juli.** Zum Besuch des Volksschauspiels Dettighaus werden Sonntagsfahrkarten zu ermäßigtem Preis ausgeben. Das Volksschauspiel erfreut sich andauernd eines sehr starken Besuchs.

Aus dem Stadtkreise.

Wohnungsstationierung.

Wir hatten in unseren Ausführungen am 20. Juli zu diesem Thema gesagt, daß wenn der Beschluß der Stadt über die sofort bei den Verhandlungen erhobenen ärztlichen Bedenken hinweg erfolgt ist, dies gewisse Rückschlüsse zulasse. Wie uns von dritter, an sich unbeteiligter Seite mitgeteilt wird, sind diese Bedenken spontan erhoben worden; nachdem der Beschluß des Stadtrates, ohne Anführung medizinischer Sachverständiger, bereits gefaßt war.

Der gestrige Sonntag begann zwar mit großen Verpöhrungen, aber die schönsten davon — endlich Regen! — blieb unerfüllt, obwohl der Morgen bewölkt und dünnlich begonnen hatte. Dafür hatten wir also wieder einmal Gieße, die nur durch den letzten früheren Wind, den wir aus den letzten Tagen kennen und wenig schmelzhaft nennen, weil er die wenigen hierher verirrten Gewitter wieder zu entführen pflegt, etwas erträglich gemacht wurde. Der Besuch der Wäber zeigte, wie sehr jedes neueröffnete Schwimmbad für unsere Stadt eine Notwendigkeit ist. Viele waren schon in der Frühe ausgeflogen, um etwa im Schwarzwald Nahrung zu suchen. In der Stadt selbst boten das Stadtgartenkonzert der Harmoniekapelle und die Aufführungen im Konzertsaal Gelegenheit, die Hitze etwas zu verzeihen. — Bei dieser Gelegenheit sei des Sommernachtsfestes gedacht, das Lande am Vorabend in den Stadtpark verlegt hatte und die schändlichen Erwartungen übertraf. Die schneidende Musik der Feuerwehrlapelle und die freistehenden Männerchöre des Männergesangsvereins „Concordia“ weiteten am den Ruhm, das Beste des Abends geleistet zu haben. Der See lag im reichen Schmuck der roten Lampionen und der bengalischen Beleuchtung. Boote hupften lautlos darüber hin, eine Serenade, auf lampiongeleuchteten Booten gesungen, machte das alles noch romantischer, so daß jedes Gemüt auf seine Rechnung kommen konnte.

Der Verkauf von Gold für das Reich durch die Reichsbank und Post erfolgt in der Woche vom 1. bis 7. August d. J. zum Preise von 340 Mk. für ein 20 Mark-Stück, 170 Mark für 10 Mark-Stück. Für 1 Kilogramm Feingold zahlt die Reichsbank 47.600 Mark und für die ausländischen Goldmünzen entsprechende Preise.

Der nächste Lehrkurs an den hiesigen Schulen beginnt am 5. September. Aufnahmeprüfungen sind alsbald an den Vorlauf derjenigen Schulen zu richten, welche der Geschichtler besuchen will. Auskunft über die Aufnahmebedingungen erteilen die Direktoren.

Sonderzüge zur Leipziger Herbstmesse. Die Bewältigung des Eisenbahnverkehrs zur Herbstmesse wird durch Einlage einer größeren Anzahl von Sonderzügen und Vorzügen bequemer und

umfangreicher als bisher durchgeführt werden können. Vorläufig sind Messenonderzüge ab München, Nürnberg, Stuttgart, Basel, Mannheim, Frankfurt (Main), Mainz, Köln, Düsseldorf, Münster (Westf.), Hamburg-Altona, Rostock, Berlin und Königsberg, sowie ab Amsterdam, Kopenhagen, Stockholm, Prag, Wien und Zürich in Aussicht genommen. Nach den gleichen Orten gehen Rückzüge ab Leipzig. Der Verkehr der Messenonderzüge wird sich bis Sonntag nach Meßschiß ausdehnen.

**Postverkehr mit Luxemburg und der Schweiz.** Vom 1. August an können im Verkehr mit Luxemburg und der Schweiz die auf eingeschriebene Briefsendungen, Wertbriefe und Wertpapiere eingesetzten Nachrichten sowie die auf Postaufträge eingesetzten Beträge auf ein Postkonto bei der Postverwaltung des Bestimmungslandes übertragen werden.

**Posteinführungsbücher.** Die Herstellungskosten der Posteinführungsbücher, die die Postverwaltung bisher unentgeltlich an die Versender abgegeben hat, sind im Laufe der Zeit beargüßigt, daß bei der jetzigen Finanzlage auf den Ersatz der Selbstkosten nicht mehr verzichtet werden kann. Die Postanstalten sind deshalb angewiesen worden, fortan bei der Abgabe von Posteinführungsbüchern der verschiedenen Größen einen Verkaufspreis von 50 Pfennig, 1 Mark oder 2 Mark zu erheben. Die Herstellung und der Vertrieb von Posteinführungsbüchern ist seit einiger Zeit auch für die Privatindustrie freigegeben. Dabei ist vorausgesetzt, daß die Bücher mit den amtlich ausgegebenen Vorordnen genau übereinstimmen.

Ein vernachlässigtes Erziehungsziel.

Aus Zeichenlehrerkreisen wird uns geschrieben: Die Ueberschätzung des Wortes und des Begriffes in unserer gegenwärtigen Schule hat eine Unterschätzung alles praktischen Tuns zur Folge gehabt. Wenn sie deshalb dem Wirtschaftsleben entfremdet worden ist und große Kreise sich der höheren Schule gegenüber ablehnend verhielten, was dies nicht nur natürlich, sondern ihre Einzelität forderte geradezu dazu heraus. Will die Schule ihre große Aufgabe, ein lebendiges Glied des Gesamtvolkes zu sein, erfüllen, so muß die einseitige Intellektualität fallen. Die Wissenskultur beherrsicht alles, während die Ausdruck- und Gefühlkultur und die Ausbildung der sinnlichen Fähigkeiten einen andauernden Tiefstand einnehmen.

Neben der Schulung der „Verstandeskraft“ muß die Erziehung zur „Gestaltungskraft“ parallel und gleichwertig einhergehen; dadurch greift man der größten Schwäche unserer Kultur: dem Mangel an Formgefühl, an die Wurzel. Diese Erziehung des Formgefühls verfolgt zwei Ziele: Einmal weckt sie das eigene Gestaltungswertemögen zu innerem Leben und dann bringt sie den jungen Menschen in ein gewisses Verhältnis zu den Ergebnissen des menschlichen Geistes, einem Kulturgebiet, das dem größten Teil unseres Volkes fremd ist. Eine Unterrichtsdisziplin, die sich an die Sinne, Anschauungskraft und Verstand wendet, kann hier allein Wandel schaffen. Ein solches Erziehungsfach ist vor allem der gestaltende Zeichenunterricht. Nicht Technik ist dieses Zeichen, sondern ein gestaltendes Formen an der Hand von Naturobjekten und ein Ausdruck der innerlich erlebten und verarbeiteten Formanschauung. Das, was man „Geschmack“ heißt, wird am besten erworben im praktischen Werkschaffen, gefaßt auf das im Formunterricht (Zeichnungsunterricht) gewonnene Form- und Raumgefühl.

Die für die Erziehung gleichbedeutende Ausbildung der Verstandeskraft, der Gefühlskraft und der Gestaltungskraft fördern, das eine vollkommene, gleichwertige, gründlich vorgebildete Lehrerschaft sich dieser hohen Aufgabe unterzieht. Aus diesen fachlichen Gründen stellt sich die deutsche Zeichenlehrerschaft die Forderung nach einer vollkommenen gleichwertigen Durchbildung der Lehrer für Zeichen- und Kunstunterricht mit den wissenschaftlich gebildeten Lehrern.

Da die Ausbildung der Zeichenlehrer in den einzelnen Gliedstaaten noch verstreut ist, hat der Reichsverband akademisch gebildeter Zeichenlehrer Deutschlands auf seinem Vertretertag in Frankfurt a. M. dieses Jahr Richtlinien für das Studium aufgestellt, damit das neue Studium in allen Gliedstaaten möglichst auf denselben Gesichtspunkten aufgebaut wird.

Als Vorbildung für die Zulassung zur Prüfung ist die Vorlage eines Meisterausweises einer neunklassigen höheren Schule und der Nachweis eines achtsemestrigen Studiums an einer staatlichen Kunstschule und Unversität oder technischen Hochschule nötig.

Die Grundlagen des Studiums bilden die künstlerischen Studien in Zeichen, Malen, Graphik, Plastik und kunstgewerblichen Zeichen. Der Studierende soll einen Blick bekommen für die Forderungen, die ihn in den Stand setzt, mit dem Kunstschaffen seiner Zeit in enger Verbindung zu stehen. Das Verhältnis für alles, was auf dem Gebiete der Kunst und des Kunstgewerbes in der Vergangenheit und Gegenwart geschaffen wurde, verlangt ein eingehendes Studium der Kunstwissenschaft unter Betonung der heimischen Kunst. Nötig ist die Vermittlung von gründlichen Kenntnissen auf dem Gebiete des mathematisch-geometrischen Zeichnens.

Durch praktischen Werksunterricht soll der Studierende einen Blick bekommen in die Forderungen des kunstgewerblichen Schaffens; er soll zum Verständnis gelangen für die eigenartige Schönheit des Materials und die Möglichkeit seiner Verarbeitung. Durch eigene Erfahrungen soll er erkennen, daß sorgfältige, solide Arbeit und Zweckmäßigkeit der Form die Grundlagen der Schönheit sind. Als künstlerischer Erzieher ist der Studierende einzuführen in die großen Erziehungsfragen sowohl der allgemeinen Erziehungslehre als ganz besonders der Kunst-erziehung.

Verschiedene Drahtmeldungen.

Zur Ernennung eines neuen Rheinlands-Kommissars.

W. Berlin, 1. Aug. Nach dem „Journal des Debats“ hat die Reichsregierung auf das Ersuchen der deutschen Regierung, das Aggre-

ment für den Fürsten H a s e l d als Nachfolger des Reichskommissars für die Rheinlande, von Starb, zu erteilen, geantwortet, daß die Einsetzung eines Reichskommissars durch die Rheinlande nicht vorgeschrieben sei, daß die alliierten Regierungen aber die Ernennung eines neuen Kommissars unter der Bedingung prüfen würden, daß die deutsche Regierung die Versicherung gibt, daß sich der neue Kommissar einer Obstruktion enthält und mit der alliierten Rheinlandkommission zusammenarbeitet.

Kapp wieder in Deutschland.

1. Berlin, 1. August. Der „Welt am Montag“ wird mitgeteilt, daß der Urheber des Kapp-Putschs, Generallandschaftsdirektor Kapp, wieder nach Deutschland zurückgekehrt sei und sich auf Schloß Guba bei Saalfeld in Thüringen häuslich niedergelassen habe.

Friedensstundgebungen.

W. Berlin, 1. Aug. Unter dem Losungswort „Nie wieder Krieg“ wurde im Berliner Lustgarten eine riesige Kundgebung der Mehrheitssozialisten, der Unabhängigen, der Gewerkschaftskommission, des Friedensbundes der Kriegsteilnehmer, der Deutschen Friedensgesellschaft der deutschen Liga für Völkerbund, des Reichsbundes der Kriegsbeschädigten und weiterer 16 Organisationen veranstaltet. Etwa 30 Redner sprachen gegen den Revandegest und für eine friedliche Außenpolitik, für einen neuen Geist der Jugendregierung und für die Sicherheit der republikanischen Staatsform. Der Kriegsgedanke müsse allgemein bekämpft werden. Das Wichtigste sei die Propaganda für die Verweigerung des Kriegsdienstes, der Munitionsherstellung und der Waffentransporte. Die Reden fanden brandenden Beifall. Ähnliche Friedensstundgebungen sind in etwa 300 anderen deutschen Orten sowie in England, Frankreich und Amerika veranstaltet worden.

Der französische Gewerkschaftskongress in Lille.

1. Paris, 1. Aug. Der französische Gewerkschaftskongress in Lille hat sich in seiner Schlußsitzung mit schwacher Mehrheit für die Beibehaltung der bisherigen Richtung ausgesprochen. Die Anträge der Kommunisten und Revolutionäre, welche die Gewerkschaft der kommunistischen Partei dienbar machen wollten, sind mit 1572 gegen 1327 Stimmen abgelehnt worden. F o u b a u x bleibt trotz dieser geringen Mehrheit der erklärte Arbeiterführer. Dieses Ergebnis der Konferenz war zu erwarten.

Die Politik der baltischen Randstaaten.

1. Helsingfors, 1. Aug. Eine polnische Nachrichtenstelle meldet: Ueber das Ergebnis des von den baltischen Randstaaten und Polen beschickten Kongresses wird folgendes offizielles Communiqué herausgegeben: Nach allgemeiner Bepreicherung der politischen Lage der baltischen Randstaaten und der Beziehungen zueinander haben die Außenminister Estlands, Lettlands, Litwlands und der Vertreter des polnischen Außenministers angestrichelt, daß eine friedliche Konsolidierung der neuen Staaten eine Existenzfrage für die Staaten sei und eine Vorbereitung für einen dauernden Frieden in Osteuropa und im Hinblick auf die Kontinuität der wissenschaftlichen Interessen beschlossene, künftighin regelmäßig Konferenzen ihrer Außenminister abzuhalten. Die nächste Konferenz erwartet, daß die gegenwärtigen Verhandlungen durch Maßnahmen vervollständigt werden sollen, die den Abschluß eines Handelsvertrages und die Regelung der Verkehrsfreiheit zum Ziele haben. Es wird ausdrücklich festgesetzt, daß in Liga keinerlei politische Abmachungen getroffen worden sind, die sich gegen Polen richten. Die vertretenen Staaten verpflichten sich, keinerlei politische Ab-

machungen zu treffen, die sich gegen einen von ihnen richten. Die Frage der polnisch-litauischen Beziehungen und der allgemeinen Politik der Randstaaten wurde ausgeföhren.

Griechische Absichten auf Konstantinopel.

(Eigener Drahtbericht.) Athen, 1. Aug. Der erste Minister Sunaris wird im Laufe dieser Woche in Athen erwartet. Unbeachtete des offiziellen Dementis versichern die wohl informierten Kreise, daß Sunaris nach ungefähr 14 Tagen nach Paris und London reisen wird, um die griechischen Forderungen in Kleinasien zu verteidigen. Er soll die Besetzung von Konstantinopel durch die Griechen vorbereiten.

Wetternachrichten.

Vom Wetter. Hoher Druck beherrscht nach wie vor die Witterung Mitteleuropas. Tiefdruckgebiete ziehen breiter im Nordwesten vorüber. Die Trockenheit dauert daher an. Voraussichtliche Witterung: Heiter, trocken, sehr warm.

Mit dem Überhandnehmen der telephonischen Anzeigenbestellungen

mehren sich verhältnismäßig die Bestellungen über Anrichtigkeiten, die durch Verfehlen entstanden sind. Den Auftraggebern, ebenso wie auch, sind solche Fehler natürlich sehr unwillkommen, zumal wenn sie zum Anlaß unangenehmer Auseinandersetzungen darüber werden, wer für den Fehler aufzukommen hat. Wir bitten deshalb im beiderseitigen Interesse wiederholt, Anzeigen

nur in den dringendsten Fällen

ausnahmsweise telephonisch zu bestellen, und machen höflich aufmerksam, daß wir jede Verantwortung abnehmen müssen für alle Anrichtigkeiten, die durch Mißverständnisse entstehen, welche trotz aller Aufmerksamkeit und Sorgfalt bei Telefongesprächen nun einmal nicht ausgeschlossen sind. Karlsruher Tagblatt.

Wald Heil!

Wanderungen in die nähere und weitere Umgebung von Karlsruhe und in den Schwarzwald  
Neue Folge  
Von G. Weiner  
Taschenformat / In hartem Umschlag  
Mit vier zweifarbigen Heberstichkarten  
Preis Mk. 6.—, ohne Karten Mk. 4.80  
einheitsmäßig Buchhandlungspreis  
★  
Zu beziehen durch alle Buchhandlungen und auch vom Verlag  
C. F. Müller'sche Buchhandlung  
Karlsruhe (Baden) Ritterstraße 1

Wirtschafts- und Handelszeitung

Die Aussichten der Zementindustrie.

Die Zementindustrie hat für das deutsche Wirtschaftsjahr eine doppelte schwerwiegende Bedeutung. Einmal war sie eine beachtenswerte Exportindustrie, die heute in der Lage wäre, dem deutschen Wirtschaftsleben Auslandsdevisen zuzuführen. Im letzten Friedensjahre hat Deutschlands Zementindustrie 1189.663 Tonnen Zement ausgeführt, die einem Goldmarkswerte von 37 Mill. Mark entsprachen. Die Neuausfuhr, also abzüglich der Einfuhr, belief sich auf 961.114 Tonnen. Es müßte also alles daran gesetzt werden, die Zementindustrie erneut zur Ausfuhrindustrie werden zu lassen. Im Jahre 1920 sind nur etwa 10 Prozent der Friedensausfuhr, nämlich rund 100.000 Tonnen in das Ausland gekommen. Die zweite Bedeutung kommt der Zementindustrie als Rohstoffindustrie für das Baugewerbe zu. Infolge dieser Eigenschaft hat die Zementindustrie den Inlandsbedarf vor dem Exporte decken müssen, so daß zeitweilig eine Ausfuhrsperrung eintrat. Hierdurch wurde der Zementindustrie eine schwere Last auferlegt, denn eine Rentabilität war nur durch das Auslandsgeschäft sicher zu stellen. Wegen der Preise für den Inlandsmarkt denkbar ungünstig. Im Jahresbeginn 1920 hatte die Zementindustrie einen Inlandspreis, der unter den Selbstkosten lag. Mit dem Rückgang der Ausfuhr brannte die Zementindustrie eine andere Preislage. Die erhöhten Preise brachten nun aber eine Steigung in der Abnahme. Die Zementindustrie sah sich also wenig günstigen Verhältnissen gegenüber. Eine Neuausfuhr war insoweit nicht möglich gewesen, als man infolge der ungenügenden Rohstofflieferung nicht genug Zement herzustellen vermochte. Die deutsche Zementindustrie hatte vor dem Kriege vornehmlich nach den Niederlanden und Brasilien geliefert, sehr gute Märkte waren weiter Chile, Rußland und Niederländisch-Indien gewesen. Diese Märkte waren so gut, wie verloren und Europa zeigte sich launfrächtig. Mit dem Jahre 1921 stellten die Regierung und die Kommünen Bauunterstützungen in Aussicht und die Zementindustrie konnte mit wachsendem Abjase für das Inland arbeiten. Es haben sich

aber bereits neue Hindernisse gezeigt. Insoweit nämlich, als die Herstellung nicht mehr genügt, bei einem, wenn auch bescheidenen Auslandsverkauf, den Inlandsverbrauch sicher zu stellen. Die Zementindustrie ist nicht mehr in der Lage, bei den ihr zugeführten Kohlen die notwendige Zementmenge zu erzeugen. Man hat bisher der wachsenden Abnahme an Zement dadurch entgegen kommen, daß man aus seinen im Herbst 1920 angekauften Beständen nachschuf; diese Reserven sind nun aber zum weitest größten Teile erschöpft.

Bisher hat die Zementindustrie den gestunken Preis ertragen können, da man einen gesteigerten Inlandsbedarf und eine leibliche Auslandsausfuhr hatte. Entfallen diese beiden Voraussetzungen, dann kann ohne eine wesentliche Preissteigerung nicht weiter gearbeitet werden. Es ist dringend notwendig, daß die Zementindustrie vor einer Kohlenknappheit bewahrt bleibt. Sollte sie doch jetzt gerade eine günstige Entwicklung genommen. Die Zementindustrie hatte mit den besten Aussichten ferner dadurch zu rechnen, daß die Wiederaufbauverhandlungen mit Frankreich einen großen Absatz sicherten. Ist Zement doch mit unter der Rubrik der Sachbelieferung für die Wiederaufbauverhandlungen Deutschlands an namhafter Stelle vertreten. Die Aussichten für eine genügende Kohlenlieferung sind nun aber denkbar ungünstig, da das deutsche Wirtschaftsleben in dem Zeichen einer kommenden schweren Kohlenknappheit steht. Die Zementindustrie ihrerseits muß mit aller Entschiedenheit die bestmögliche Verwendung ihrer Kohlen zu sichern trachten. Die 1921 einziehende gute Geschäftslage hat erneut die Gründer mobil gemacht. Daher ist dringend das Verbot der Anlage neuer Zementwerke aufrecht zu erhalten. Die von der Zementindustrie sowie im Laufe des Krieges und der Nachkriegszeit begonnene Zusammenlegung der Werke muß als noch nicht ausreichend erkannt werden. Die Entwicklung ist mit dem Anzeichen der Konjunktur in Stillstand geraten und das muß bei der Kohlenknappheit, die vollste Ausnutzung der Einzelwerke bei größtmöglicher Kohlenersparnis verlangt, als ein schwerer Fehler erkannt werden.

